

Mittwoch, 12. Dezember 2007 | Titelseite

Straßburg entschärft Richtlinie zu Feinstaub

Straßburg (AP) Das EU-Parlament hat die umstrittene Feinstaub-Richtlinie aufgeweicht. Nach dem Beschluss von gestern können zahlreiche Kommunen auf eine Übergangsfrist bis 2011 hoffen, um die eigentlich schon seit 2005 geltenden Feinstaub-Grenzwerte einzuhalten. Die Abgeordneten sprachen sich in Straßburg mit überwältigender Mehrheit dafür aus, Städten in Kessellagen diese Gnadenfrist einzuräumen. Allerdings wird für 2015 ein neuer Grenzwert für Kleinstpartikel eingeführt. In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Großstädte an der Vorgabe gescheitert, die Tageshöchstgrenze von 50 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter höchstens an 35 Tagen im Jahr zu überschreiten.

Donnerstag, 13. Dezember 2007 | Insel Usedom links

Stadtvertreter tagen Montag im Weidehof

Wolgast Die letzte diesjährige Sitzung der gewählten Volksvertreter von Wolgast findet am 17. Dezember ab 18.30 Uhr im Weidehof statt. Die Abgeordneten verbinden dabei die parlamentarische Arbeit mit einem gemütlichen Jahresausklang.

Doch bevor es ans Feiern geht, ist eine längere Tagesordnung abzuarbeiten. Darauf steht unter anderem der Entwurf zum Erlass der Haushaltssatzung für 2008. Hinzu kommen der Stellenplan für das nächste Jahr und die entsprechenden Wirtschaftspläne. Von Interesse für die Bürger dürfte auch die Gebührenordnung der Stadtbibliothek sein. Außerdem thematisieren die Abgeordneten die Pläne zur Errichtung eines Steinkohlekraftwerkes in Lubmin.

Donnerstag, 13. Dezember 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Greifswald offen für Steinkohle-Wärme aus Lubmin

Greifswald (dpa) Der dänische Investor Dong Energy und die Stadtwerke Greifswald stehen in Gesprächen über eine mögliche Nutzung der Abwärme aus dem umstrittenen Steinkohlekraftwerk in Lubmin. Es gebe erste Überlegungen, ob die Stadt die Fernwärme nutzen könne, sagte der Greifswalds Oberbürgermeister, Arthur König (CDU). „Wir sind bei diesen Gesprächen nicht der treibende Teil, aber wir sind für Vorschläge des Investors offen.“ Dong Energy will 2008 mit dem Bau des zwei Milliarden teuren Kraftwerks beginnen. Die Einleitung des Kühlwassers in den Greifswalder Bodden ist Hauptkritikpunkt der Kraftwerksgegner.

Volksinitiative gegen Steinkohlekraftwerk startet nächstes Jahr

12.12.2007: Schwerin/MVregio Eine Volksinitiative gegen das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin soll im kommenden Jahr starten.

Mit der Aktion solle der politische Druck auf die Landesregierung erhöht werden, sagte die Sprecherin der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, Ulrike Berger, am Dienstag in Schwerin. In Zeiten des Klimawandels sei es untragbar, dass das Kabinett ein Projekt unterstütze, das den Kohlendioxid-Ausstoß des Landes verdoppelte. Berger zufolge wird die Volksinitiative derzeit zusammen mit regionalen Bürgerbewegungen und Umweltverbänden vorbereitet. In der kommenden Woche seien Gespräche mit Vertretern der Linken und der SPD über eine Beteiligung geplant. Damit der Landtag sich mit der Volksinitiative befasst, sind rund 15 000 Unterschriften nötig. MVregio Landesdienst mv/sn

Donnerstag, 13. Dezember 2007 | Ostvorpommern

Alt-Ingenieure stellen sich hinter Kraftwerk

Ehemalige Führungskräfte aus dem KKW Lubmin befürworten das geplante Kohlekraftwerk am Energiestandort. Das machten sie gestern bei einem Treffen deutlich.

Lubmin Seine Augen funkelten, die Stimme war kräftig: Alexander Schönherr ist zwar seit Jahren Pensionär. Gestern trat der einstige Technische Direktor des Kernkraftwerkes (KKW) Lubmin aber sicher und vorbereitet auf wie zu besten Berufszeiten. Im Hotel „Am Park“ argumentierte er vehement für die Pläne des dänischen Investors Dong, der in Lubmin ein Steinkohlekraftwerk errichten will. An dem Treffen, das der Unternehmerverband Vorpommern organisierte, nahmen fast 50 ehemalige KKW-Führungskräfte und Experten aus der Energiewirtschaft teil. „Wir brauchen dieses Kraftwerk. Weil es sauber ist und wir auf Jahre hinaus den Energiebedarf in Deutschland

nicht ohne Kohle werden decken können“, sagte Schönherr unter dem Beifall der Zuhörer. Er verwies darauf, dass bislang trotz großer Anstrengungen nur zwölf Prozent des Stroms in der Bundesrepublik durch alternative Energien erzeugt würden. Wenn bis 2030 auch noch der Ausstieg aus der Kernenergie realisiert werden sollte, werde die Bevölkerung weiterhin stark auf fossile Brennstoffe wie Kohle angewiesen sein.

Schönherr forderte von den Gegnern des Projekts mehr Sachlichkeit in der Debatte: „Man muss doch zugeben, dass das geplante Kraftwerk mit einem Wirkungsgrad von 47 Prozent und einem eher geringen CO₂-Ausstoß von 730 Gramm pro Kilowattstunde absolute technische Spitzenwerte erreicht“, schätzte er ein. Ins selbe Horn stieß Dieter Korschill, der kurz nach der Wende als Projektleiter das Steinkohlekraftwerk in Warnemünde mit aufbaute und zuvor jahrelang Hauptabteilungsleiter im KKW gewesen war: „Auch in Rostock gab es anfangs große Hysterie. Heute kann man feststellen, dass der Tourismus nicht gelitten hat.“ Die derzeitigen Diskussionen über die Belastung des Greifswalder Boddens durch Kühlwasser aus dem geplanten Kohlekraftwerk hält er für überzogen: „Das KKW hat doppelt so viel Kühlwasser benötigt wie Dong einleiten will. Und damals hat es auch keine Algenpest gegeben.“
ALEXANDER LOEW

Donnerstag, 13. Dezember 2007 | Titelseite Rügen

Dreckschleuder am Meer

Der Rügener Fotograf und Autor Klaus Ender hat sich in einem Brief, den er u. a. an die Bundeskanzlerin und die Landrätin schickte, mit dem geplanten Kraftwerksbau in Lubmin auseinandergesetzt. Wir veröffentlichen diesen Brief auszugsweise:

Für mich und viele andere Menschen, die sich um die Natur sorgen, war der Satz der Kanzlerin, den sie bei ihrer Binz-Rede in die Welt posaunte: „Unsere Luft bleibt sauber!!!“ eine schallende Ohrfeige und Lüge! Jedes Kind weiß, dass es für Asthmatiker nichts Besseres als reine Meeresluft gibt – und nun mutet sie dem Volk eine Dreckschleuder am Meer zu! Bei Nord-Westwind ist Usedom der Leidtragende, bei Südwind Rügen und ganzjährig wird unser Greifswalder Bodden belastet. Für MV wie für Deutschland ist das eine Katastrophe! Und an der Grenze zu Polen hört diese Umweltbelastung nicht auf! In der ganzen Welt „wirbt“ Frau Merkel für eine überlebensnotwendige Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen und zu Hause lässt sie diverse Kohlekraftwerke bauen! Und diese Dame sagt: „Für mich ist Rügen Deutschlands schönste Insel!“ Wenn sie das so empfinden würde, dann müsste sie ihr wissenschaftlich - nüchternes Physikverständnis über Bord werfen und ihr „Herz für die Natur“ entdecken. Bis jetzt ist es nur das übliche Geplapper, das den Wähler beruhigen soll. Dass diese Dame – als ehemalige Umweltministerin – ein solch gigantisches „Umwelt-Zerstörungsprojekt“ unterstützt, ist eine Katastrophe für die gesamte Erde! Die dringlichst notwendige Reduzierung aller Schadstoffe müsste erste Bürgerpflicht sein! Erst investieren wir Milliarden in Atomkraftwerke und den Steinkohle-Bergbau, bringen sie auf technisches Weltniveau – und dann schließen wir sie! Danach zerstören wir mit Zehntausenden Windrädern unsere Landschaft, damit einige Investoren bis zu 17,5 % Rendite bekommen! Zuletzt bauen wir gigantische Offshoresparks in das Meer, zerstören damit die Lebensräume von hochentwickelten Tieren, verscheuchen durch Dauer-Lärm unsere Fischbestände und riskieren schwerste Tanker-Kollisionen mit den gigantischen Parks im Zusammenspiel mit den immer stärker werdenden Orkanen und Sturmfluten! Man kann nur hoffen, dass der Druck der Strasse auf Grund dieser Selbstbedienungsmentalität und Unfähigkeit, diese Erde vor der menschlichen Zerstörung zu retten, so groß wird, dass ein Umdenken der Politiker erfolgen muss. Wahrscheinlicher aber ist eher, dass Kritiker wie ich in der Terroristen-Kartei des Herrn Schäuble landen, denn unsere demokratischen Rechte werden in dem Maße gestutzt, wie die Terror-Hysterie geschürt wird! Der absurde G-8-Gipfel war das gelungenste Beispiel für den Abbau der Demonstrationsrechte, für das „Milliongrab Zaun/Mauerbau“, für das groteske – und sauteure Sicherheitsdenken dieser privilegierten Globalisierungs-Fanatiker.

Das Zitat Heinrich Heines „Denk' ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht“, trifft heute immer mehr auf unendlich viele Naturschützer, Arbeitslose, Hartz IV-Bezieher, Rentner und Millionen Enttäuschter zu! Seit der Wende wurde mit Sicherheit vieles besser, aber auch gigantischer – vor allem die Macht, die Skrupellosigkeit, die Profitgier, die Verschwendungssucht und die Dummheit!

Ich wünsche allen, die ernsthaft um die Natur und über die Unfähigkeit der Politik, wirkliche Reformen und Sparmaßnahmen umzusetzen, besorgt sind, viel Erfolg in ihrem eigenen Kampf für die Natur und eine menschlichere Welt.

Umweltschützer suchen ältere Mitstreiter

12.12.2007: Greifswald/MVregio Am Donnerstag, dem 13. Dezember, findet um 15.00 Uhr im Greifswalder Greenpeace-Büro in der Fischstr. 20 das Gründungstreffen des "Teams 50plus statt".

Bei Kaffee und Kuchen wird vorgestellt, welche Beteiligungsmöglichkeiten sich für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger bei Greenpeace bieten.

"Greenpeace wird in der Öffentlichkeit ja vor allem durch spektakuläre Aktionen wahrgenommen", so Pressesprecher Marcus Unbenannt, "aber auch für Leute, die sich an solchen Aktionen nicht beteiligen können oder wollen, bieten wir eine Menge Möglichkeiten, sich für die Umwelt zu engagieren."

In den vergangenen Wochen waren Greenpeace-Aktivistinnen auf den Weihnachtsmärkten in Greifswald und Stralsund unterwegs, um auf die Veranstaltung aufmerksam zu machen. Hierbei verteilten sie, als Engel verkleidet, Einladungsflugblätter und Informationsbroschüren. "Auf den Weihnachtsmärkten haben wir sehr positive Resonanz erfahren und hoffen sehr, dass am Donnerstag viele Leute kommen", so Unbenannt.

Im Team50plus engagieren sich Menschen von über 50 Jahren für mehr Umweltschutz und unterstützen die Ziele und Forderungen von Greenpeace. Ihre Berufs- und Lebenserfahrungen sind eine wertvolle Bereicherung für die Greenpeace-Arbeit. Sie informieren die Bevölkerung über Umweltprobleme und ihre Lösungen: sammeln Unterschriften, halten Vorträge, betreuen Ausstellungen und Infostände und sind auch bei Aktionen vor Ort dabei. Weitere Informationen zu den Teams finden sie unter <http://www.greenpeace.de>.

BU: Umweltengel in Aktion - Greenpeace-Aktivistinnen verteilen Informationsbroschüren.
MVregio Landesdienst mv/hgw

Leserbrief von Eberhard Meißner aus Dersekow | 10.12.2007 20:58 Uhr

Touristiker nicht gegen Kraftwerk

Die Touristiker von Usedom verzeichnen erfreulicherweise Rekorde an Übernachtungen.

Sicher ist das auch das Ergebnis geflossener EU-Fördermittel.

Nun haben sie einen Verband, der sich selbst nicht finanzieren kann, sondern auf Kosten anderer lebt. Der Landkreis sollte unverzüglich aufhören, Steuergelder an so einen Verband zu zahlen.

Ebenso unverständlich ist es, dass der Verband meint, mit Klima-Mess-Stationen könne man die Luft verbessern oder den Algen den zusätzlich eingeleiteten Stickstoff entziehen.

Der Verband schließt sich der Meinung der DONG-Gutachter an: „Nicht das Kraftwerk stinkt, sondern die Journalisten stänkern“.

Bereitet der Touristenverband schon eine Werbekampagne für 2013 in NRW vor?

Motto: Ruhrpötter kommt zu uns und fühlt Euch wie zu Hause!

Donnerstag, 13. Dezember 2007 | Anklam

Dong: Volksbefragung für uns nicht relevant

Lubminer Heide Der dänische Stromkonzern Dong Energy wird seine Pläne für einen Kohlemeiler in Lubmin nicht von einer Volksbefragung abhängig machen. „Im Koalitionsvertrag der Landesregierung steht, dass ein Kraftwerk an diesem Standort gewünscht wird. Auch die Bundesregierung will neue umweltfreundlichere Kraftwerke“, sagte Dong-Projektleiter Peter Gedbjerg. Sein Unternehmen bewege sich damit ausreichend auf demokratisch legitimiertem Boden für das Vorhaben.

Mit Gedbjergs Aussage schwinden die Hoffnungen auf eine Volksbefragung in großen Teilen Vorpommerns, deren Ergebnis für Dong nicht rechtlich bindend gewesen wäre, sondern auf Entgegenkommen erfordert hätte. Ex-Landtagspräsident Hinrich Kuessner (SPD) hatte kürzlich diesen Weg vorgeschlagen, damit beim Thema Kraftwerk keine Politik über die Köpfe der Bürger hinweg gemacht werde. Als Vorbild hatte er einen Fall aus dem Saarland herangezogen. Dort beugte sich der Konzern RWE einem solchen Votum gegen ein geplantes Steinkohlekraftwerk und legte seine Pläne vorerst auf Eis. Im Lubminer Fall wird nun allein der Ausgang des Genehmigungsverfahrens entscheidend sein. Gedbjerg bekräftigt auch, dass Dong keine Abstriche bei der Kraftwerksgröße machen will. A.L.

Donnerstag, 13. Dezember 2007 | Anklam

Leserpost

„Das Kraftwerk schadet keinem, wenn man es verheimlicht“

Marita Kunze aus Netphen schreibt uns zum geplanten Steinkohlekraftwerk in Lubmin:

Gute Nachricht aus dem DONG-Gutachten für die Touristiker: Das Kohlekraftwerk schadet keinem, wenn man es verheimlicht. Bitte nie in den Medien davon berichten! Und da die Usedomer Touristiker strenge Auflagen an DONG machen, z.B. muss DONG immer die Luftwerte messen und darf keine Blaualgen zulassen! Aber was ist,

wenn die Konkurrenz damit wirbt: „Urlaub ohne Kohlekraftwerk“, die Luftwerte eines Tages doch nicht mehr den Status Seebad zulassen und die Blaualgen sich einfach so an die Strände spülen lassen? Wird dann das Kohlekraftwerk in Lubmin wieder abgeschaltet.

Stefan Weigler, Mitglied der Fraktion Die Linke im Wolgaster Stadtparlament, schreibt zum OZ-Artikel von gestern „Linke: Kreistag soll Pläne ablehnen“:

Ich musste mit Erschrecken lesen, dass die Linke sich gegen den geplanten Neubau eines Steinkohlekraftwerks in Lubmin ausspricht. Zwar gibt es auch innerhalb der Wolgaster Stadtfraktion unterschiedliche Meinungen zu diesem Thema, ich persönlich und auch einige andere Fraktionsmitglieder aber sprechen sich für den Bau des Kraftwerkes aus. Die positiven Aspekte für unsere sowieso schon schwarze Wirtschaftslandschaft überwiegen. Nicht nur die direkt zu schaffenden Arbeitsplätze, sondern insbesondere die Sicherung und neuansiedlung von Zulieferfirmen ist besonders hervorzuheben. Das Standortbeispiel Dänemark zeigt, dass der Tourismus in keinsten Weise unter dem Kraftwerk leidet.

Klaus Lerch meint zum Steinkohlekraftwerk:

Mit dem geplanten Kraftwerk von DONG Energy ergeben sich für die Region und damit für uns alle, die wir hier leben, unzählige Möglichkeiten, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Bei der hohen Arbeitslosenzahl ist das auch bitter nötig. Nun ist neben dem positiven Engagement von DONG Energy auch ein Reifenhersteller im Gespräch, der hier in der Region bauen möchte, es könnten 1500

Arbeitsplätze entstehen. Da die Reifenherstellung eine energieintensive Produktion ist, wird ein Kraftwerk praktisch als Voraussetzung benötigt. Natürlich wollen die Kraftwerksgegner alle Vorzüge der Elektroenergie nutzen, wie beleuchtete Straßen, eine beleuchtete Promenade, eine beleuchtete Seebrücke nicht zu vergessen die wunderschön beleuchteten Gaststätten, Hotels, Pensionen und vieles mehr, nur nicht das Kraftwerk vor der eigenen Tür. Sie fordern auch eine funktionierende Müllabfuhr, nur nicht die Deponie oder Verbrennungsanlage vor der eigenen Tür. Mir ist schon klar, meine Argumentation greift sehr einfach. Anstatt uns in Grabenkämpfe zu begeben, sollten wir alle die positiven Möglichkeiten suchen und ausschöpfen, die uns DONG Energy mit dem Kraftwerksbau bietet.

Donnerstag, 13. Dezember 2007 | Insel Usedom links

Bürgerinitiative bekommt Gast aus Dänemark

Zinnowitz Die Sprecherin der größten dänischen Oppositionspartei, der „Volkssozialisten“, wird zu den Gästen der nächsten Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin“ zählen. Sie findet am 15.12. ab 10 Uhr im Zinnowitzer Naturfreundehaus statt. Erwartet wird dazu auch Rügens Landrätin Kerstin Kassner.

Beraten wollen die Teilnehmer den Erörterungstermin am 18. Dezember und die vorherige Demonstration und Kundgebung in Greifswald.

Die Initiative teilt ferner mit, dass sich inzwischen 2000 Bürger mit einer Einwendung in das öffentliche Verfahren eingebracht haben. Das sei Ausdruck, dass sie ihr Mitspracherecht in Anspruch nehmen.

Mittwoch, 12. Dezember 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

INFO

Kraftwerk: Selling stellt Benkenstein-Studie in Frage

Der SPD-Chef spricht dem Tourismusgutachten zum Kraftwerk in Lubmin seine Berechtigung ab. Die Grünen starten eine Volksinitiative.

Schwerin/Lubmin (OZ/dpa) SPD-Landeschef Erwin Sellering hat das jüngst vorgestellte Gutachten zu Auswirkungen des Steinkohlekraftwerks Lubmin auf den Tourismus scharf kritisiert. Die Art und Weise, in der die Wissenschaftler Martin Benkenstein (Rostock) und Edgar Kreilkamp (Lüneburg) ihre Ergebnisse präsentiert hätten, trage wenig zu einer ehrlichen Debatte bei. „Man kann sich nicht hinstellen und pauschal sagen: Das Kraftwerk wird dem Tourismus kaum schaden. Diesem Gutachten muss man die Berechtigung dazu absprechen. Denn zur entscheidenden Frage wird dort überhaupt nichts gesagt“, betonte der Minister. Diese drehe sich darum, wie stark sich der Greifswalder Bodden erwärmt. „Davon ist abhängig, ob es zu verstärkter Blaualgenblüte kommt. Und eine Algenpest kann letztlich für massive Urlauberrückgänge sorgen“, schätzte Sellering ein. Ein Gutachten des TÜV Nord, worauf Benkenstein und Kreilkamp Bezug nehmen und wonach sich der Bodden durchschnittlich um 0,7 Grad erwärme, könne nicht ernsthaft ins Feld geführt werden. „Dong gibt selber zu, dass es auf einer Fläche von 1000 Hektar zu Wassererwärmungen von vier Grad kommt. Das ist der Grund für unsere Sorgen“, so der Politiker.

Laut der Studie des TÜV Nord Umweltschutz wird das geplante Kraftwerk den Greifswalder Bodden offenbar weitaus weniger belasten als bislang angenommen. Demnach ergeben sich keine Hinweise, dass es durch das Kraftwerk zu Veränderungen von Umwelt, Wasser oder Badewasserqualität des Boddens kommen werde. Das Gutachten ist Teil des Genehmigungsverfahrens.

Nach TÜV-Angaben gibt es jedoch eine Wärmebelastung des Boddens durch das geplante Kraftwerk. Davon sei aber nur ein etwa zwei Kilometer breiter Streifen vor der südöstlichen Küste betroffen.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass das Risiko von Blaualgen im Sommer und Frühherbst sogar zurückgeht. Schon jetzt sorgt ein intensiver Wasseraustausch zwischen Bodden und Ostsee für eine Regeneration des Ökosystems. In den vergangenen Jahren seien auch weitaus weniger Nährstoffe wie Düngemittelreste eingeleitet worden.

Bündnis 90/Die Grünen haben unterdessen gestern eine landesweite Volksinitiative gegen das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin angekündigt. Die Unterschriftensammlung soll Anfang kommenden Jahres starten, teilte Sprecherin Ulrike Berger in Schwerin mit. 15 000 Unterschriften würden gebraucht.

Die Volksinitiative werde gemeinsam mit regionalen Bürgerinitiativen gegen das Projekt des dänischen Energiekonzerns Dong Energy und mit den Umweltverbänden WWF, BUND und NABU vorbereitet. In der nächsten Woche plant die nicht im Landtag vertretenen Grünen auch Gespräche mit Politikern der Linken und der SPD. Berger sagte, es sei untragbar, dass die Landesregierung aus SPD und CDU in Zeiten des Klimawandels den Bau eines gigantischen Kohlekraftwerks unterstützt, das den CO₂-Ausstoß des Landes verdoppele. Dong Energy zufolge wird der Ausstoß 6,9 bis bis 10 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr betragen.

Hoteliers treten aus Verband aus

Weil der Tourismusverband der Insel Usedom „positiv“ gegenüber dem geplanten Steinkohlekraftwerk eingestimmt sei, haben die Inhaber des Hotels und der Dünenhäuser Nautic in Koserow und Ückeritz gestern ihren Austritt aus dem Verband erklärt. Gemäß der Satzung des Verbandes, sich zuvorderst dem Tourismus, dem Gast und den Anbietern touristischer Leistungen verpflichtet zu fühlen, könne es nur ein klares „Nein“ zum Kraftwerk geben, teilten die beiden Hoteliers Thomas Wellnitz und Harry Bunczek in einem Offenen Brief an den Verband mit. Statt dessen setzten die Vorstandsmitglieder des Tourismusverbandes jedoch den Ruf der Insel als Erholungsgebiet aufs Spiel, indem unter anderem der Faktor „gesunde Luft“ – ein wichtiger Reisegrund – geopfert werde. Verbandsgeschäftsführer Peter Günther wollte gestern den Schritt der Hoteliers nicht kommentieren

ALEXANDER LOEW

Mittwoch, 12. Dezember 2007 | Insel Usedom links

Dong-Projekt polarisiert Politik und Tourismus auf Usedom

Weil der Tourismusverband der Insel sich nicht gegen das Kraftwerksprojekt wendet, ist für die „Nautic“-Inhaber Schluss mit lustig.

Ostvorpommern Thomas Wellnitz und Harry Bunczek, Inhaber des Hotels und der Dünenhäuser Nautic in Koserow und Ückeritz, haben gestern ihren Austritt aus dem Insel-Tourismusverband erklärt. In einem an die Vorstandsmitglieder versandten, Offenen Brief erklären sie die Gründe dafür: die „positive Position“ des Verbandes zum Steinkohlekraftwerk und die im Vorfeld des Tourismustages „um über einen Monat verspätete Zustellung des Gutachtens.“ Letzteres schüre Vermutungen, dass sich die pro Dong eingestellten Vorstandsmitglieder einen Vorsprung bei der Findung von Argumenten verschaffen wollten.

Gemäß der Satzung des Verbandes, sich zuvorderst dem Tourismus, dem Gast und den Anbietern touristischer Leistungen verpflichtet zu fühlen, könne es nur ein klares „Nein“ zum Kraftwerk geben. Statt dessen setze man den Ruf als Erholungsgebiet aufâs Spiel, indem unter anderem der Faktor „gesunde Luft“ – ein wichtiger Reisegrund – geopfert werde. „Wer als Industrieller solche âGegnerâ hat, braucht keine Befürworter mehr“, heißt es sarkastisch im Austrittsbrief. Und: Was sind 140 Kraftwerksjobs gegen die fast 17 000 im Usedomer Tourismus? Wo es nur Risiken, aber keine Chancen gebe, beantworte der Verband laut Wellnitz und Bunczek die Fragen falsch.

Verbandsgeschäftsführer Peter Günther wollte gestern den Schritt der Koserower Hoteliers nicht kommentieren, hob aber hervor, dass beim Tourismustag „offen und kontrovers“ diskutiert worden sei. Vorstandschef Gerd Schulz kritisierte hingegen, dass die Verfasser nicht an der Debatte teilgenommen hätten. Ob sich der Vorstand auf seiner heutigen Tagung mit deren Austritt überhaupt befassen werde, sei noch offen.

Der Hotelier Thomas Schmid (Forsthaus Damerow) sieht derweil in der Haltung des Verbandes zum Kraftwerk seinen bereits vor Monaten erklärten Verbandsaustritt erneut bestätigt. „Zwar schwächt dies die Insel, aber ich kann keine Entscheidungen zum Nachteil einzelner hinnehmen“, so Schmid. Wie er verlässt auch der Bansiner Hotelier Thilo Naumann wegen persönlicher Differenzen mit den Vorständen zum Jahresende den Verband. Auch für ihn ist „völlig unstrittig“, dass die Kraftwerkspläne der Natur, der Ferieninsel und dem Tourismus nur schaden. „Das kann man gar nicht gut heißen.“ Laut Peter Günther hält sich 2007 die Zahl von Austritten und Eintritten im Verband mit sieben bzw. acht die Waage.

Linke: Kreistag soll Pläne ablehnen

Wenn am Montag der Kreistag zu seiner verschobenen Sitzung zusammentritt, möchte die Fraktion der Linken klare Verhältnisse in Sachen Dong-Kraftwerkspläne. Nach Abwägung der Chancen und Risiken, die sich aus dem Bau und der Betreibung eines Steinkohlekraftwerkes am Greifswalder Bodden ergeben, soll sich der Kreistag gegen das Projekt aussprechen, so der Vorschlag der Fraktion des Kreistages Ostvorpommern.

Die Linke geht davon aus, dass der Schaden durch dieses Projekt für die Flora und Fauna in der Region unabsehbar sei. Hochsensiblen und europaweit geschützte Gebiete am Greifswalder Bodden und in seinem Hinterland würden in Mitleidenschaft gezogen; oder schlimmer noch – in ihrer Existenz bedroht. Auch der Schaden für den Tourismus in der Region – nicht nur für das Seebad Lubmin – würde enorm sein. Neue Jobs, die durch das Kraftwerk entstehen könnten, würden zu Lasten von Arbeitsplätzen im Tourismusgewerbe gehen, so die Auffassung von Fraktionschef Eckfried Luth.

Darüber hinaus sollte der Kreistag den Landtag bitten, das Vorhaben 'Steinkohlekraftwerk Lubmin' nicht weiter zu unterstützen, sondern alles in seinen Kräften Stehende tun, um die Errichtung des Kraftwerkes zu verhindern. Unterstützung hingegen sollte der Vorschlag der Lubminer Bürgerinitiative finden, die die Errichtung eines regionalen Kraftwerkes mit einer Kapazität von 400 bis 500 MW Leistung auf Grundlage eines Energiemixes vorschlägt.

Ob der Antrag der Linken im Kreistag eine Mehrheit finden wird, muss abgewartet werden. Sogar in der eigenen Fraktion gehen die Meinungen zum Kraftwerkvorhaben auseinander. Und auch Landrätin Dr. Barbara Syrbe von der Linkspartei hat sich für die Investition stark gemacht.

Zwar gibt es nach OZ-Informationen auch in der CDU-Fraktion Abweichungen von der großen (Zustimmungs-)Linie ab, den Bau des Steinkohlekraftwerkes alle Unterstützung zu geben, sollte es genehmigungsfähig sein. Aber dass sich am Montag eine Mehrheit gegen das Vorhaben im Kreistag aussprechen wird, scheint eher unrealistisch. Es sei denn, bis dahin kommen neue Fakten zum Kraftwerk auf den Tisch. ST. BRÜMMER

STEFFEN ADLER

Mittwoch, 12. Dezember 2007 | Titelseite Rügen

Leserpost

Vorgehen ähnelt dem Kies-Projekt

Vergleiche zwischen der geplanten Ansiedlung eines Kohlekraftwerkes in Lubmin und dem drohenden Kiesabbau nahe Zessin bei Trent zieht **Hartmut Kamin** in seinem Brief, den wir gekürzt wiedergeben:

Blualgenalarm im Südosten, Kieslaster im Nordwesten, dazu eine frische Brise aus Lubmin – Urlaubs(alp)träume werden wahr! Wie solche „Träume“ realisiert werden, zeigt ein Beispiel für ein Vorhaben, den Kiesabbau in Trent/Zessin, das vor ca. zehn Jahren gestartet wurde. Um den geplanten Kiesabbau gegen Bedenken und Widerstände von Investoren, Verbänden, betroffenen Bürgern, Touristen und den Trägern öffentlicher Belange durchzusetzen, gab das Wirtschaftsministerium nachträglich eine Bedarfsanalyse in Auftrag. Heute belegen Zahlen, dass sich diese vor neun Jahren in der Bedarfsanalyse erstellte Prognose als falsch erwiesen hat. Z.B. wurde für 2002 ein Bedarf von 990 000 Tonnen für die Insel Rügen prognostiziert, tatsächlich wurden aber nur 239 000 Tonnen abgebaut, im Jahr 2003 sogar nur noch 107 000 Tonnen (Auskunft Bergamt Stralsund Dezember 2004).

Damit ist das Hauptargument im Planfeststellungsverfahren hinfällig geworden. Das Bergamt und das Wirtschaftsministerium sind jedoch nicht bereit, den Planfeststellungsbeschluss vor dem Hintergrund der aktuellen Zahlen auf seine Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Mit der falschen Bedarfsanalyse bekam der Kiesabbau Vorrang vor dem Naturschutz. Das Wirtschaftsministerium und das Bergamt wurden immer wieder aufgefordert den Planfeststellungsbeschluss vom 12.11.1999 zurückzunehmen bzw. eine Lösung zu erarbeiten, mit der die Realisierung dieser Fehlentscheidung verhindert werden kann. Dabei wurden u.a. auch wirtschaftliche Argumente gegen den Kiesabbau genannt: Durch den Kiesabbau in Trent/Zessin würden maximal 2 bis 3 Arbeitsplätze geschaffen werden! Im Gegenzug würde die touristische Entwicklung einer ganzen Region durch Kieslaster im 5-Minuten-Takt 25 Jahre blockiert werden. Es würden weit mehr (bereits existierende) Arbeitsplätze im Tourismus gefährdet, als durch den Kiesabbau entstehen würden. Anlässlich eines Gesprächs am 25. Januar 2007 auf Rügen mit betroffenen Investoren und Bürgern wurden zu deren Bedenken in Bezug auf die regionalen wirtschaftlichen Auswirkungen des geplanten Kiesabbaus in Trent/Zessin, vom Wirtschaftsminister Herrn Seidel und vom Bergamtleiter Herrn Froben folgende sinngemäße Aussagen gemacht: „... da kann man juristisch nichts machen“, „... das wird schon nicht so schlimm werden“, „... wichtig wäre es, öffentlichen Druck zu vermeiden, damit die Touristen nicht verschreckt werden“.

Das geplante Steinkohlekraftwerk Lubmin ist ein wesentlich größeres Vorhaben, aber die Vorgehensweise ist identisch. Auch dort werden vom Antragsteller oder vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebene bzw. bezahlte Gutachten, die eigentlich nur als Argumentationshilfe für die Befürworter zu werten sind, benutzt, um solch ein

Vorhaben gegen alle Widerstände und Bedenken durchzusetzen, z.B. aktuell das Gutachten über die Auswirkungen des Steinkohlekraftwerkes auf die Tourismusentwicklung. In kleinen Schritten werden die Bedenken juristisch ausgeräumt, bzw. scheitern an formalen Hürden, die die hochkarätigen Anwälte des Antragstellers und das Wirtschaftsministerium aufbauen, sodass Bedenken gegen das Vorhaben dann anschließend von den „verantwortlichen“ Politikern mit den Aussagen abgewiesen werden. Das ist dann der Zeitpunkt, an dem Urlaubs(alp)träume wahr werden.

Ich weiß nicht, wen diese Politiker vertreten, aber ich weiß wen sie nicht vertreten: die Natur und die Bewohner einer ganzen Region.

Mittwoch, 12. Dezember 2007 | Ostvorpommern

Tourismusverband der Insel Usedom unter Beschuss

Insel Usedom Weil der Tourismusverband der Insel Usedom sich nicht gegen das Kraftwerksprojekt wendet, ist für die Inhaber des Koserower Nauti-Hotels Schluss mit lustig.

Thomas Wellnitz und Harry Bunczek, Inhaber des Hotels und der Dünenhäuser Nautic in Koserow und Ückeritz, haben gestern ihren Austritt aus dem Insel-Tourismusverband erklärt. In einem an die Vorstandsmitglieder versandten, Offenen Brief erklären sie die Gründe dafür: die „positive Position“ des Verbandes zum Steinkohlekraftwerk und die im Vorfeld des Tourismustages „um über einen Monat verspätete Zustellung des Gutachtens.“ Letzteres schüre Vermutungen, dass sich die pro Dong eingestellten Vorstandsmitglieder einen Vorsprung bei der Findung von Argumenten verschaffen wollten.

Gemäß der Satzung des Verbandes, sich zuvorderst dem Tourismus, dem Gast und den Anbietern touristischer Leistungen verpflichtet zu fühlen, könne es nur ein klares „Nein“ zum Kraftwerk geben. Statt dessen setze man den Ruf als Erholungsgebiet aufs Spiel, indem unter anderem der Faktor „gesunde Luft“ – ein wichtiger Reisegrund – geopfert werde. „Wer als Industrieller solche ‚Gegner‘ hat, braucht keine Befürworter mehr“, heißt es sarkastisch im Austrittsbrief. Und: Was sind 140 Kraftwerksjobs gegen die fast 17 000 im Usedomer Tourismus? Wo es nur Risiken, aber keine Chancen gebe, beantworte der Verband laut Wellnitz und Bunczek die Fragen falsch.

Verbandsgeschäftsführer Peter Günther wollte gestern den Schritt der Koserower Hoteliers nicht kommentieren, hob aber hervor, dass beim Tourismustag „offen und kontrovers“ diskutiert worden sei. Vorstandschef Gerd Schulz kritisierte hingegen, dass die Verfasser nicht an der Debatte teilgenommen hätten. Ob sich der Vorstand auf seiner heutigen Tagung mit deren Austritt überhaupt befassen werde, sei noch offen.

Der Hotelier Thomas Schmid (Forsthaus Damerow) sieht derweil in der Haltung des Verbandes zum Kraftwerk seinen bereits vor Monaten erklärten Verbandsaustritt erneut bestätigt. „Zwar schwächt dies die Insel, aber ich kann keine Entscheidungen zum Nachteil einzelner hinnehmen“, so Schmid. Wie er, verlässt auch der Bansiner Hotelier Thilo Naumann wegen persönlicher Differenzen mit den Vorständen zum Jahresende den Verband. Auch für ihn ist „völlig unstrittig“, dass die Kraftwerkspläne der Natur, der Ferieninsel und dem Tourismus nur schaden. „Das kann man gar nicht gut heißen.“ Laut Peter Günther hält sich 2007 die Zahl von Austritten und Eintritten im Verband mit sieben bzw. acht die Waage. STEFFEN ADLER

Mittwoch, 12. Dezember 2007 | Hansestadt Greifswald

Leserpost

Dong will Menschen für dumm verkaufen

Dr. Rainer Schwenke äußert sich zum Steinkohlekraftwerk:

Ist unser höchster Bildungsgrad Abschluss 4. Klasse? Für wie dumm will uns Dong Energy verkaufen? Nachdem Professoren für 30 000 Euro dänischer Steuergelder (oder sind es die Gelder, für die dänische Kommunen wegen überhöhter Energiepreise jetzt gegen Dong klagen?) herausgefunden haben, dass in den europäischen Touristenhochburgen u.a. Wilhelmshafen und Forsmark (Schweden) die enormen Touristenströme nach dem Bau von Kraftwerken einfach nicht abebben wollten, sollen wir nun endlich einstimmen in den Chor „Ja zum Steinkohlekraftwerk“. Mal abgesehen von solchen Nebensächlichkeiten, dass Forsmark von Touristen bislang nicht entdeckt wurde und dort auch kein Steinkohlekraftwerk, sondern ein von Havarien geplagtes Atomkraftwerk steht, sehen die Anstrengungen, das totgeborene und nicht mehr in unsere Zeit passende Kraftwerk den Leuten noch unterzujubeln schon eher wie Verzweiflungstaten aus. Einziger Grund, dem Kraftwerk zuzustimmen, wäre Mitleid mit Dong und seinem Grundlastproblem. Also: Stopp dem Dinosaurierprojekt! Alle Unterstützung für Lubmins Bürgermeister!

Heiko Bade aus Lubmin schreibt zu „Kraftwerk schadet dem Tourismus kaum“ (OZ vom 10.12.):

Ein Tourist, der als Urlaubsort Lubmin wählt, für den steht die unbeschadete Natur im Vordergrund. Die im Bericht genannten Orte laden wohl mehr zu einer Städtereise ein. Hierbei ist die Industrie, welche in Rostock, Kiel, Wismar, Kopenhagen... angesiedelt ist, wenig von Bedeutung. Hier in Ostvorpommern steht aber die schöne Landschaft mit sauberer Luft, vielen Rad- und Wanderwegen im Vordergrund. Außerdem ist allgemein bekannt, daß bereits Teilgenehmigungen für die geplanten Gaskraftwerke vorliegen. Auch diese müssen gekühlt werden. Der Aspekt wird in dem Gutachten in keinsten Weise berücksichtigt. Würde nur ich mit meinem Auto Brötchen holen, wäre der Schaden für die Umwelt gering, täte es aber die gesamte Bevölkerung, wäre dieses eine Katastrophe.

Mittwoch, 12. Dezember 2007 | Aus der Nachbarschaft

Linke gegen Kraftwerk

Ostvorpommern Wenn am Montag der Kreistag zusammentritt, möchte die Fraktion der Linken klare Verhältnisse in Sachen Dong. Nach Abwägung der Chancen und Risiken, die sich aus dem Bau und der Betreibung eines Steinkohlekraftwerkes ergeben, sollte sich der Kreistag gegen das Projekt aussprechen, so der Vorschlag der Linksfraktion des Kreistages Ostvorpommern. Die Linke geht davon aus, dass der Schaden durch dieses Projekt für die Flora und Fauna in der Region unabsehbar sei. Hochsensible und europaweit geschützte Gebiete am Greifswalder Bodden und in seinem Hinterland würden in Mitleidenschaft gezogen oder schlimmer noch – in ihrer Existenz bedroht. Auch der Schaden für den Tourismus in der Region – nicht nur für das Seebad Lubmin – würde enorm sein, heißt es. Arbeitsplätze, die durch das Kraftwerk entstehen könnten, würden zu Lasten von Arbeitsplätzen im Tourismusgewerbe gehen, so lautet die Auffassung von Fraktionschef Eckfried Luth. Darüber hinaus sollte der Kreistag den Landtag Mecklenburg-Vorpommern bitten, das Vorhaben Steinkohlekraftwerk Lubmin nicht weiter zu unterstützen, sondern alles in seinen Kräften Stehende tun, um die Errichtung des Kraftwerkes am Ende zu verhindern.

Unterstützung hingegen sollte der Vorschlag der Lubminer Bürgerinitiative finden, die die Errichtung eines regionalen Kraftwerkes mit einer Kapazität von 400 bis 500 MW Leistung auf Grundlage eines Energiemixes vorschlägt.

Ob der Antrag der Linken im Kreistag eine Mehrheit finden wird, muss jedoch abgewartet werden. Sogar in der eigenen Fraktion gehen die Meinungen zum Kraftwerkvorhaben auseinander. Auch Landrätin Dr. Barbara Syrbe (Linke) hat sich laut für die Investition stark gemacht.

Zwar weichen nach OZ-Informationen auch in der CDU-Fraktion einige (wenige) von der großen Linie ab, den Bau des Steinkohlekraftwerkes alle Unterstützung zu geben, sollte es denn genehmigungsfähig sein.

Aber dass sich am Montag eine Mehrheit gegen das Vorhaben im Kreistag ausspricht, scheint allerdings unrealistisch.

STEFAN BRÜMMER

...nur Internet:

Leserbrief von Lothar Brandt aus Neuenkirchen | 08.12.2007 11:00 Uhr

Stellungnahme nicht ausreichend

Die langerwartete Stellungnahme zur Tourismusverträglichkeit, bei einem Bau des Steinkohlekraftwerkes in Lubmin ist da! Fazit, schlichtweg enttäuschend was dort dargestellt wurde.

Lubmin hat bestätigt bekommen "das sich der Bau des KKw möglicherweise negativ auf den Tourismus auswirkt", immerhin.

An anderer Stelle wird betont:

"Gleichwohl ist ein kurzfristiger Rückgang des Tourismus nicht auszuschließen, sollte das KKW ständig im Mittelpunkt der Medien stehen"!!

Was soll das denn heißen, sollen die Ablehner dieses KKW vorgewarnt werden mit so einer Aussage. Etwa, wenn ihr weiter so die Öffentlichkeit sucht, seid ihr Schuld an den negativen Auswirkungen für den Tourismus!

Auf einen wesentlichen Punkt aller Bedenken ist die Stellungnahme überhaupt nicht eingegangen.

Nämlich, wie sich die überschüssig produzierte Wärme die dann den Bodden aufheizt und damit die Wasserqualität beeinträchtigt auswirkt!!

Insgesamt entsteht beim Lesen dieser Stellungnahme ein sehr fader Beigeschmack.

Die Stellungnahme ist nachzulesen auf der Web-Seite des Tourismusverbands Usedom unter www.tviu.de

..nur 'Internet:

Leserbrief von Eberhard Meißner aus Dersekow | 08.12.2007 15:59 Uhr

Seidel fordert Sachlichkeit

Was mischt sich Herr Seidel ein, er hat sich doch öffentlich geäußert, dass über die Steinkohlenkraftwerke nicht die Politik, sondern die Ökonomie (gemeint ist das Kapital) entscheidet. Im gleichen Zusammenhang hat er gesagt, dass er sich gar nicht dafür interessiert, was in drei oder vier Jahren hier ist.

Leserbrief von Thomas Klee aus Zirkow | 08.12.2007 18:37 Uhr

Tatsächliche Leistung des Kraftwerks

Zum wiederholten Male lese ich in der OZ von "zwei Kraftwerksblöcken mit jeweils 800 Megawatt Leistung" als Größenangabe für das geplante Kohlekraftwerk.

Nach der mir vorliegenden "Kurzdarstellung" von Dong Energy Kraftwerke Greifswald entspricht dies in etwa der elektrischen Nettoleistung, die dort mit insgesamt 1500 MW angegeben wird.

Das ist lediglich die Menge der nutzbaren Elektrizität.

Viel besser geeignet, die Dimension des Kraftwerkes aufzuzeigen ist die Feuerwärmeleistung, die mehr als doppelt so hoch ist.

Maximal beträgt die tatsächlich erzeugte Leistung maximal 3700 MW, unter Nennlast 3200 MW.

Während also nur 47% ins Stromnetz gelangen, wird der größere Teil der erzeugten Energie als ungenutzte Wärme an die Umwelt abgegeben (Bodden und Atmosphäre).

Interessant darüber hinaus wäre noch ein Vergleich der Wärmeabgabe mit dem ehemaligen Kernkraftwerk und was dort an direkten Folgen für die Umwelt beobachtet wurde. Schließlich sollten auch die anderen projektierten Kraftwerksbauten und deren Emissionen am Standort Lubmin in eine ernstzunehmende Umweltstudie einbezogen werden.

..nur im Internet:

Leserbrief von Ruediger Thomson aus Greifswald | 09.12.2007 09:24 Uhr

Kraftwerke in Tourismus-Gebieten – wo?

Die beiden Gutachter berufen sich in ihrem – von Dong bezahlten – Gutachten "auf Erfahrungen im Umkreis anderer Kraftwerke in Tourismusgebieten". Wo, bitte ? In den echten touristischen Erholungs- und Urlaubsgebieten längs der gesamten Ost- und Norseeküste, rund um den Bodensee, im Vorland der bayerischen Alpen, im Schwarzwald u.s.w. finden wir kein einziges großes Kohlekraftwerk (außer einem – kleineren – Kraftwerk in Rostock).

Leserbrief von Johannes Gomolka aus Berlin | 10.12.2007 13:20 Uhr

Volksbefragung zum Steinkohlekraftwerk

OZ Artikel: Gutachten: Kohlekraftwerk schadet dem Tourismus kaum, vom 10.12.2007.

„Wer Tourismus will, muss den Umweltschutz pflegen. Für ein paar Arbeitsplätze drücken wir schon mal gerne ein Auge zu.“ 17 Jahre nach der Wende ist dies, das politische Kalkül in M-V geworden. Niemanden stört's. Und das Umweltamt fährt sprichwörtlich mit dem Bagger vorneweg.

Mit dem Segen von Bundeskanzlerin Angela Merkel, plant der Dänische Konzern DONG Energy im Seebad Lubmin den Bau eines 130m hohen Steinkohlekraftwerks, direkt am Strand(!). Es hat ein Investitionsvolumen von 1,5 Mrd. Euro, besteht aus dem Kraftwerk in Lubmin und - was kaum jemand weiß - einer Bohrplattform-ähnlichen Kohle-Verladeplattform vor Rügen. Ein von DONG Energy finanziertes wissenschaftliches Gutachten stellt denn jetzt auch der Greifswalder Bürgerschaft, deren Bürgermeister sowie der Landesregierung den gewünschten Persilschein zur Gedankenlosigkeit aus. Denn bei einem Investitionsvolumen von 1,500,000,000 (immerhin 8 Nullen hinter dem Komma) stellt man keine Fragen mehr (Vielleicht fällt ja die eine oder andere Null noch für die eigene Stadtkasse herunter...). Das Gutachten, wen wundert es, sagt jedenfalls aus, der Bau des Kraftwerkes habe keinen wesentlichen Einfluss auf den Tourismus auf Rügen und in Vorpommern. Seit mehreren Monaten betätigt sich DONG Energy im Sozio-Sponsoring in Greifswald und Usedom, damit die Stimmung zugunsten des Kraftwerks kippt.

Fast wie im Sozialismus. Alle Parteien, durch die Bank, sprechen sich für das Kraftwerk aus, die im krassen Gegensatz zu jedem touristischen Wirtschaftskonzept steht. Die traurige Wahrheit ist dann wohl: „Niemand hat hier ein Konzept! Aber alle wollen das Geld.“ Hinrich Küssner hat eine Volksbefragung zum Kraftwerk vorgeschlagen, Alfred Gomolka hat sich gegen das Kraftwerk gewandt. Aber die Presse berichtet nicht davon.

..nur im Internet zu lesen..

Leserbrief von Marita Kunze aus Netphen | 10.12.2007 15:27 Uhr

SKW schadet keinem, wenn man es verheimlicht

Gute Nachricht aus dem DONG-Gutachten für die Touristiker:

Das Kohlekraftwerk schadet keinem, wenn man es verheimlicht. Bitte nie in den Medien davon berichten !

Und da die Usedomer Touristiker

strenge Auflagen an DONG machen, z.B. muß DONG immer die Luftwerte messen und darf keine Blaualgen zulassen! Ja, dann ist doch alles in Butter..oder?

Aber was ist, wenn die Konkurrenz damit wirbt:"Urlaub ohne Kohlekraftwerk", die Luftwerte eines Tages doch nicht mehr den Status Seebad zulassen und die Blaualgen sich einfach so an die Strände spülen lassen?

Wird dann das Kohlekraftwerk in Lubmin wieder abgeschaltet?

Dienstag, 11. Dezember 2007 | Wirtschaft

Vattenfall verliert 250 000 Kunden

Berlin (ddp) Deutschlands drittgrößter Stromversorger Vattenfall Europe hat nach Angaben seines designierten Vorstandsvorsitzenden Tuomo Hatakka innerhalb eines halben Jahres rund 250 000 Kunden verloren. Das Unternehmen werde jetzt aber kämpfen, um Marktanteile zurückzugewinnen, sagte er gestern in Berlin. Für das kommende Jahr seien derzeit auch keine Preiserhöhungen geplant. Für den Kundenschwund hatten eine Preiserhöhung im Juli sowie Pannen in den norddeutschen Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel gesorgt, so Hatakka.

Leserpost

Unsere Umwelt hat unter der Gewinnsucht zu leiden

Katrin Ihle aus der Fuchsstraße schreibt zum Thema Steinkohlekraftwerk in Lubmin:

Ich bin gegen die Errichtung dieses Kohlekraftwerkes und glaube nicht daran, dass die aktuell geltenden Gesetze nur umweltfreundliche Kraftwerke zulassen. Wie ist denn sonst der Zustand unserer Umwelt zu erklären, die immer nur unter der Gewinnsucht und der Nachlässigkeit von uns Menschen zu leiden hat. Auch halte ich die Meinung für irrig, dass durch dieses Kraftwerk die Stromkosten sinken werden. Auch Dong möchte Gewinne erwirtschaften und hat sicher nur bis zum Bau des Kraftwerkes kleine Geschenke zum Beispiel in Form von Taschenrechnern für eine Wolgaster Schule zu verteilen. Nicht ernst gemeint sind wohl auch Vorschläge von einem Leser, auf dem zukünftigen Kesselhaus eine Aussichtsplattform für Touristen mit einem schönen Blick auf Rügen zu errichten oder Meinungen, dass man doch über ein wärmeres Boddengewässer froh sein könne, da dies ein ganzjähriges Segeln ermöglichen würde. Wir als reiche und moderne Europäer müssen auch in der Energie- und Umweltpolitik Vorbild für die aufstrebenden Länder der Welt sein und innovative, zukunftsweisende Energieformen realisieren.

Thomas Corty schreibt zum gleichen Thema: Angesichts der auffallend unkritischen Sichtweise unserer Landesregierung bezüglich des Steinkohlekraftwerkes sollte auch hier überprüft werden, inwieweit die Landesregierung bestochen werden sollte bzw. ob einige Politiker vielleicht der Versuchung bereits erlegen sind. Auch ob der Vorsitzende des Zweckverbandes, Wolfgang Woy, bestochen werden sollte/wurde, wäre eine Untersuchung wert. Im Übrigen meint Herr Woy, wir sollten ihm dankbar sein für die „Anschaffung der Dreckschleuder“. Dankbar bin ich ihm, wenn er sich in den Ruhestand begibt.

Friedrich Straube aus dem Puschkinring schreibt:

Wieder einmal ist die Katze aus dem Sack! Je mehr die Landesregierung und der Investor dem zunehmenden Druck der Basis ausgesetzt ist, um so mehr sind sie zur Offenbarung des politischen Ziels der Errichtung des Kraftwerkes in Lubmin gezwungen. Nun muss das Totschlagsargument gegen alle basisdemokratischen Kritiker auf den Tisch. Wie in der OZ ausgesagt, befürchtet die Bundesregierung, dass man die Elektroenergieerzeugung (zwei Gaskraftwerke am Standort Lubmin sind schon still und heimlich genehmigt) am sich entwickelnden industriellen Großstandort Lubmin einseitig vom russischen Erdgas abhängig macht. Das politische Argument der Abhängigkeit von russischen Brennstofflieferungen war schon einmal ein ausschlaggebender Grund für die Stilllegung eines Kraftwerkes an diesem Standort. Aus diesem Grunde ist es auch nicht verwunderlich, dass die Ansichten des Ministerpräsidenten mit der Mehrheit seiner Genossen nicht übereinstimmt.

Karin Wurlitzer aus Neuenkirchen merkt zum Thema an:

Frau Merkel reist nach China und Indien und bietet im Namen der Bewahrung der Schöpfung technologisch-innovative Hilfe an, um den CO2-Ausstoß einzudämmen. In M-V genügen der promovierten Physikerin als Kriterien für die Errichtung eines Kohlekraftwerkes, dass kein schmutziges Wasser rauskommt und dass die Kohle nicht an den Stränden rumliegt. Also das kriegen China und Indien unter Umständen auch alleine hin. Dong will hier ein Kohlekraftwerk bauen, möglichst billig. Kein Kühlturm, kostet bloß Geld. Keine Abwärmenutzung –

technologisch zu kostspielig. Klimawandel interessiert nicht, es geht um billigen Strom. Nicht für die Bevölkerung – da muss man sich nur die Stromkonzerne ansehen: Es geht um Spitzengewinne und -gehälter.

Dienstag, 11. Dezember 2007 | Hansestadt Greifswald

Mikroalgen dienen dem Klimaschutz

Greifswald „Klimaschutz geht uns alle an“, diesen Satz würde inzwischen gewiss jeder von uns unterschreiben. Worauf es aber ankommt, ist, aus dieser Erkenntnis praktische Schritte abzuleiten. Ein an der Universität Greifswald am 4. Dezember durchgeführtes Symposium befasste sich mit der CO₂-Umwandlung in Biomasse von Mikroalgen und deren Umwandlung in Produkte (OZ berichtete). In speziell entwickelten Fotobioreaktoren, in die die Abgase aus Kraftwerken geleitet werden, verwerten Mikroalgen das darin befindliche klimaschädliche CO₂. Nach theoretischen Machbarkeitsstudien und labortechnischen Entwicklungen entstehen derzeit erste Pilotanlagen in Hamburg und Bremen. Mit diesen Anlagen sollen erste Schritte in Richtung einer großtechnischen Massenproduktion getan werden. „Bis zur Verwirklichung einer praktikablen und wirtschaftlich tragfähigen Lösung besteht jedoch noch ein sehr hoher Forschungsbedarf“, so Professor Ulrike Lindequist vom Institut für Pharmazie. Dabei geht es nicht nur um die Lösung der technischen Probleme, sondern auch um die Auswahl geeigneter Mikroalgenstämme, die Optimierung der Kulturbedingungen und die Entwicklung, Prüfung und Herstellung hoch veredelter Produkte. Gerade auf den letztgenannten Gebieten verfügt die Greifswalder Universität über umfangreiche Erfahrungen, die eingebracht werden können. Wenn es gelingt, aus der unter CO₂-Verbrauch hergestellten Biomasse hochwertige Produkte herzustellen, wird die Wirtschaftlichkeit des gesamten Verfahrens entscheidend verbessert und die Produktion dieser nachwachsenden Rohstoffe in größerem Maße ermöglicht. „Damit kann in absehbarer Zeit ein realer Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden“, macht die Professorin deutlich.

Die Produktion von Mikroalgen, gekoppelt an die CO₂-Eliminierung aus Rauchgasen, erfordert jedoch nicht nur großen Forschungsbedarf, sondern auch enorme Investitionen. Allein in Deutschland sind 60 Kohlekraftwerke am Netz. Forschungsarbeiten zur Verminderung des CO₂-Ausstoßes leisten daher einen Beitrag zur Lösung eines grundlegenden Problems und werden aus diesem Grund öffentlich gefördert. Die öffentliche Hand ist jedoch in der Regel auf eine Industriepartnerschaft angewiesen. Professor Ulrike Lindequist begrüßt deshalb zusammen mit ihren Kollegen PD Dr. Sabine Mundt und Dozent Dr. Wolf-Dieter Jülich, wenn potentielle Investoren wie Dong Energy sich bereits vor einer geplanten Ansiedlung wie der an Energiestandort Lubminer Heide um die Lösung dieser Probleme kümmern und entsprechende Forschungen aktiv unterstützen.

Dienstag, 11. Dezember 2007 | Anklam

Kohlekraftwerk strotzt vor Widersprüchen

Werner Krüger aus Loddin schickte uns folgende Fragen und Antworten zum geplanten Steinkohlekraftwerk in Lubmin der dänischen Firma Dong Energy:

„CDU des Kreises votiert einstimmig für das Steinkohlekraftwerk Lubmin“ Begründung: „...auch die Chancen eines solchen Vorhabens zu erkennen.“ Frage: Wie sehen Sie diese Begründung? Gegenfrage: Welche Chancen?

Frage: Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass der Staat Dänemark selber 75 Prozent der Dong-Aktien hält, aber nicht einmal die dänische Umweltministerium Dongs Absichten in Deutschland kennt? Antwort: Nach wie vor: Da ist was faul im Staate Dänemark.

Frage: Welche Belohnung erhalten eigentlich die Regierungen des selbsternannten Gesundheitslandes MV, vorne weg die Herrn Ringstorff und Seidel, für die rufschädigende, umweltfeindliche Unterstützung der Absichten von Dong? Antwort: Das Ergebnis der nächsten Wahl.

Frage: Haben Sie eine Erklärung für die Diskrepanz zwischen dem Dong betreffenden Auftritt von Frau Merkel in Binz und der auf der gegenwärtigen Weltklimakonferenz auf Bali von Deutschland angestrebten Vorreiterrolle?

Antwort: Nein! Der Ahnherr aller Kommunisten hätte händereibend gesagt: „Das ist ein antagonistischer Widerspruch.“ Frage: Sie sammeln seit Tagen Unterschriften für die „Bürgerinitiative: Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin e.v.“ Erfahren Sie viel Unterstützung in der Bevölkerung? Durchaus nicht. Gestern hat eine Frau nicht unterschrieben.

Frage: Da Dong energy ja nun zunehmend die Felle davon schwimmen: kümmert sich überhaupt noch jemand um das Anliegen des Konzerns? Antwort: Aber sicher: die Staatsanwaltschaft Stralsund.

Knut Hüsemann aus Heringsdorf fühlte sich in Sachen geplantes Steinkohlekraftwerk in Lubmin zu folgendem Gedicht und darunter stehender Zeichnung inspiriert:

Steinige Kohle

für die Küste!

Mantje, mantje Timpete – wie schön ist's doch hier an der See.

Denn Öl, das gibts nur in der Wüste und Kohle gehört jetzt an die Küste.

*** So'n Pisspott macht ja keinen Sinn, ein „Kohlepott“ der bringt Gewinn.

Pisspott hin, Pisspott her – mit dem „Kohlepott“, da wärn wir wer.

*** Nur weg vom Ferien-Urlaubstrott, CO2-Emissionen statt Entenflott. Und wenn sie denn so richtig klotzen, bleibt uns nur motzen, motzen, motzen!

*** Bitteres Öl in der Wüste, steinige Kohle an der Küste. Ich könnt laut schreien, wenn ich nicht so nötig müsste. Schmeißt den „Kohlepott“ in Å's Meer und reicht mir Å'mal den Pisspott her.

UTG verkommt zu Werbeagentur

Thilo Naumann schreibt zu den gestrigen OZ-Artikeln in Sachen Tourismustag 2007:

Mit großer Sorge verfolge ich die Berichterstattung über den Tourismustag und die Zukunftspläne des TVIU. Ich nehme es gleich vorweg: Ich bin nicht einverstanden mit der Entwicklung, die TVIU und UTG momentan nehmen. Wir erinnern uns, dass vor Jahren die UTG unter anderem gegründet wurde, um die Arbeit des TVIU zu professionalisieren und dem Vorstand die persönliche Haftung für die gewaltigen Geldflüsse abzunehmen. Sonst sollte alles beim Alten bleiben. Die UTG wird aber nun nach der Übernahme durch die Kaiserbäder zu einer rein kommerziellen Werbeagentur bzw. zu einem internetgestützten Reisebüro entwickelt, deren Monopolstellung zuvor auch mit öffentlichen Geldern ausgebaut wurde. Ziel des Unternehmens scheint immer weniger die Vermarktung der Insel nach einem strategischem Konzept, das gemeinschaftlich erarbeitet wird und den Ansprüchen möglichst vieler Anbieter auf der Insel gerecht wird. Statt dessen wird zunehmend nur noch das geleistet, was man gewinnbringend an potente Gastgeber weiterverkaufen kann. Ich halte das für falsch und vor allem gegenüber kleineren Gastgebern auf Usedom für unfair!

Enttäuscht höre ich, dass die UTG die Initiative der Hoteliers am Flughafen Usedom nicht länger mit eigenen Mitteln begleiten wird. Es gibt aber jede Menge Werbemittel und -aktionen, die wir gerne bei der UTG kaufen können.

Nun steht also die Usedom AG ins Haus. Und auch hier wird alles besser und auch hier kann jeder Anteile kaufen, um mitreden zu können. Das klingt doch unheimlich demokratisch. Wie weit diese Mitsprache dann später gewünscht sein und wie dann mit den interessierten Kleinanteileignern umgesprungen wird, bleibt abzuwarten. Die seidenweiche Stellungnahme zum Thema Kohlekraftwerk in Lubmin finde ich haarsträubend und ich frage mich, wie die Gemeinden Peenemünde und Karlssagen das sehen. Wie kann man als Tourismusverband einem solchen Vorhaben nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen? Dabei muss es doch eigentlich egal sein, was das von Dong energy finanzierte Gutachten aussagt. Dieses Kraftwerk soll in Dänemark aus Umweltgründen nicht genehmigungsfähig sein, und der TVIU billigt den Bau unter Auflagen mitten in eines der Kerngebiete des Tourismus in MV. Völlig unverständlich finde ich die Einmischung in die Politik, derer sich Vorstände des TVIU immer wieder befleißigen. Die Handelnden sollten sich erinnern, das sie keineswegs gewählte Repräsentanten der Usedomer Bürger sind. Bei nur 132 Mitgliedern spreche ich dem TVIU auch die Repräsentanz für die Touristiker auf Usedom ab. Natürlich darf man auch als TVIU - Vorstand seine politische Meinung und die seiner Partei gerne zum Ausdruck bringen. Aber darf der TVIU zum Sprachrohr einer Partei werden?

Thomas Corty schreibt zum gleichen Thema: Angesichts der auffallend unkritischen Sichtweise unserer Landesregierung bezüglich des Steinkohlekraftwerkes sollte auch hier überprüft werden, inwieweit die Landesregierung bestochen werden sollte bzw. ob einige Politiker vielleicht der Versuchung bereits erlegen sind. Auch ob der Vorsitzende des Zweckverbandes, Wolfgang Woy, bestochen werden sollte/wurde, wäre eine Untersuchung wert. Im Übrigen meint Herr Woy, wir sollten ihm dankbar sein für die „Anschaffung der Dreckschleuder“. Dankbar bin ich ihm, wenn er sich in den Ruhestand begibt.

Friedrich Straube aus dem Puschkinring schreibt:

Wieder einmal ist die Katze aus dem Sack! Je mehr die Landesregierung und der Investor dem zunehmenden Druck der Basis ausgesetzt ist, um so mehr sind sie zur Offenbarung des politischen Ziels der Errichtung des Kraftwerks in Lubmin gezwungen. Nun muss das Totschlagsargument gegen alle basisdemokratischen Kritiker auf den Tisch. Wie in der OZ ausgesagt, befürchtet die Bundesregierung, dass man die Elektroenergieerzeugung (zwei Gaskraftwerke am Standort Lubmin sind schon still und heimlich genehmigt) am sich entwickelnden industriellen Großstandort Lubmin einseitig vom russischen Erdgas abhängig macht. Das politische Argument der Abhängigkeit von russischen Brennstofflieferungen war schon einmal ein ausschlaggebender Grund für die Stilllegung eines Kraftwerkes an diesem Standort. Aus diesem Grunde ist es auch nicht verwunderlich, dass die Ansichten des Ministerpräsidenten mit der Mehrheit seiner Genossen nicht übereinstimmt.

Karin Wurlitzer aus Neuenkirchen merkt zum Thema an:

Frau Merkel reist nach China und Indien und bietet im Namen der Bewahrung der Schöpfung technologisch-innovative Hilfe an, um den CO₂-Ausstoß einzudämmen. In M-V genügen der promovierten Physikerin als Kriterien für die Errichtung eines Kohlekraftwerkes, dass kein schmutziges Wasser rauskommt und dass die Kohle nicht an den Stränden rumliegt. Also das kriegen China und Indien unter Umständen auch alleine hin. Dong will hier ein Kohlekraftwerk bauen, möglichst billig. Kein Kühlturm, kostet bloß Geld. Keine Abwärmenutzung – technologisch zu kostspielig. Klimawandel interessiert nicht, es geht um billigen Strom. Nicht für die Bevölkerung – da muss man sich nur die Stromkonzerne ansehen: Es geht um Spitzengewinne und -gehälter

<http://www.mvregio.de/show/74642.html>

Genehmigungen für Offshore-Windparks

10.12.2007: Schwerin/MVregio Neben der landseitigen Ausweisung von Windkrafeignungsgebieten wird in den nächsten Jahren die Errichtung von Offshore-Windparks an Bedeutung gewinnen.

"Wir haben raumplanerisch in der Ostsee einen guten Vorlauf geschaffen", sagte Verkehrs- und Bauminister Dr. Otto Ebnet (SPD, Foto). "Der Errichtung von Offshore-Windparks steht nichts mehr entgegen. Genehmigungen liegen bereits vor." Projekte auch auf dem Meer mit Raumordnungsplänen zu steuern, geht auf eine Initiative Mecklenburg-Vorpommerns zurück.

Zurzeit sind für folgende Offshore-Windparks die Genehmigungen erteilt worden: Arkona Becken Südost mit 80 Windenergieanlagen (WEA) und einer Gesamtleistung von maximal 400 Megawatt, Kriegers Flak mit 80 WEA und einer Gesamtleistung von 320,5 Megawatt und Ventotoc Ost 2 mit 80 schwimmenden WEA und einer Gesamtleistung von 240 Megawatt. Diese Windparks liegen in so genannten "besonderen Eignungsgebieten".

Im Genehmigungsverfahren befinden sich die Projekte Adlergrund Gap mit 39 WEA, Gesamtleistung 140,4 Megawatt beziehungsweise Arcadis Ost 2 mit 25 WEA und einer Gesamtleistung von 125 Megawatt, die um einen Standort wetteifern. Nach der Seeanlagenverordnung bekommt derjenige den Zuschlag, der am schnellsten alle Genehmigungsunterlagen erbracht hat. Alle diese Vorhaben sind außerhalb der 12-Seemeilen-Zone in der so genannten Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) angesiedelt. Der erzeugte Strom wird nach Mecklenburg-Vorpommern abgeleitet. Für das innerhalb der 12-Seemeilen-Zone circa 20 Kilometer nördlich von Kap Arkona liegende Projekt mit 70 schwimmenden WEA und einer Gesamtleistung von 210 Megawatt ist ein Raumordnungsverfahren in Vorbereitung.

Der erste kommerzielle deutsche Offshore-Windpark in der Ostsee, Baltic 1, soll 2009 ans Netz gehen. Die wpd think energy GmbH & Co. KG als Planer und Betreiber und der Hersteller Nordex AG haben unlängst eine Vereinbarung über die Lieferung von 21 Turbinen der Baureihe N90 mit 2500 Kilowatt Leistung und 125 Metern Bauhöhe geschlossen. Für Mai 2009 ist die Errichtung der ersten Turbinen, die eine Gesamtleistung von 52,5 Megawatt erbringen sollen, geplant.

MVregio Landesdienst mv/sn

Hier noch eine Nachlese aus früheren Veröffentlichungen:

Bundeskanzlerin Angela Merkel fordert indirekt mehr Klimawandel und Arbeitslosigkeit

Autonome Antifa Stralsund/ Pressemeldung 20.11.2007

Binz. Am Wochenende fand der CDU Landesparteitag im Ostseebad Binz statt. Schwerpunkt dieses Parteitages unter anderem das umstrittene Steinkohlekraftwerk bei Lubmin. Bundeskanzlerin Merkel zog hierbei klare marktradikale Forderung vor ökologisch sinnvollen Lösungen. Merkel ignorierte somit ihre Gegner, die mit Plakaten wie „Kinder statt Kohle“ oder „erneubare Energien statt Klimawandel“ vor der Haustür mobil machten. Ein Sprecher von Bündnis 90 /Die Grünen erklärte den Anwesenden, dass hierbei hunderte von Arbeitsplätzen im Raum Greifswald/Stralsund verloren gehen würden. Er ließ weiter verlauten, dass der Klimawandel durch das Lubminer Kraftwerk forciert wird, ebenfalls gehen erneut wichtige Finanzmittel in die falsche Richtung. Das Land MV hat enorme Potenziale im Bereich erneubare Energien vorzuweisen, wichtig sei es jetzt endlich Investitionen zu tätigen, die zukünftig Arbeit und Wohlstand für alle bringen, so der Sprecher. Ein Steinkohlekraftwerk wie dieses, ist zentral angesetzt und soll den hiesigen Stromteich in Deutschland mit Energie zusätzlich füttern. Frau Merkel unterstützt hiermit offen nur einzelne ausländische Kapitalgesellschaften, die nur ein Ziel haben, in Deutschland kräftig Kohle zu machen. CDU-Wirtschaftsminister Seidel appellierte ebenfalls für eine rasche Umsetzung dieses Projekts. Etwa 90% Prozent der versammelten CDU-Mitglieder stimmten mehrheitlich für den raschen Bau des Klimawandlers in

Lubmin. Eine Umweltaktivistin erklärte uns, dass Frau Merkel durch diesen Beschluss erneut Arbeitslosigkeit und Abwanderung jüngerer Menschen fördere, da durch solch irreparable Bauvorhaben, die Zukunft vieler Menschen aus unserer Region erneut verspielt wird. Der Tourismussektor samt des Status Luftkurort, dürfte ebenfalls bei einem jährlichen CO-2 Ausstoß von 10 Millionen Tonnen in Gefahr geraten. Ein endgültiger Beschluss für den Bau des Kraftwerks bei Lubmin ist aber noch im Schweriner Landtag zu entscheiden. Hier werden dann die neoliberalen Einheitsparteien, samt rechtsextremer NPD, erneut unsere Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern gestalten dürfen.

Mecklenburg-Vorpommern

Lubmin: Ex-Landtagspräsident für Volksbefragung

Der ehemalige Landtagspräsident Mecklenburg-Vorpommerns, Hinrich Kuessner (SPD), fordert eine Volksbefragung zum Bau des umstrittenen Steinkohlekraftwerks in Lubmin. Die Sozialdemokraten dürften in Fragen der Umwelt und Lebensqualität keine Politik gegen die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung machen, schreibt Kuessner in einem Offenen Brief an Landesvorstand und Landtagsfraktion der SPD. Seiner Einschätzung nach wird die von Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) als "Urknall von zwei Milliarden Euro" bezeichnete Investition von der Mehrheit der Menschen in Vorpommern abgelehnt

Selling sieht "politisches Signal"

Der SPD-Landesvorsitzende Erwin Selling steht dem Vorschlag Kuessners positiv gegenüber. "Ich finde es wichtig, die Bevölkerung mit einzubeziehen", sagte Selling. Er selbst werde eine Volksbefragung wegen des laufenden Genehmigungsverfahrens aber nicht vorschlagen. In Gesprächen mit dem dänischen Investor Dong Energy versuche er aber darauf hinzuwirken, dass das Kraftwerk wie von der SPD gewollt nur halb so groß gebaut wird. "Eine Volksbefragung kann dabei ein politisches Signal an den Investor sein", sagte Selling. Mecklenburg-Vorpommern dürfe seinen Ruf als Gesundheits- und Tourismusland Nummer eins nicht gefährden.

Im Saarland hatten sich die Bürger in einer Befragung klar gegen den Neubau eines Steinkohlekraftwerks ausgesprochen und das 2,3-Milliarden-Projekt des Energiekonzerns RWE so gestoppt.

Kraftwerk kann mit Maximalhöhe gebaut werden

Unterdessen hob der Zweckverband "Lubminer Heide" die bisherige maximale Bebauungshöhe von 20 Metern auf. Damit kann das umstrittene Kraftwerk nun doch mit einer Höhe von bis zu 150 Metern gebaut werden. Noch am Mittwochabend änderte der Zweckverband, der zurzeit noch die hoheitlichen Rechte bei der Bauleitplanung für die Gemeinde Lubmin wahrnimmt, den Bebauungsplan zugunsten des dänischen Investors Dong Energy. Die Gemeinde hatte zuvor vergebens versucht, die Änderungen gerichtlich zu unterbinden. Ein Antrag auf einstweilige Anordnung gegen den Zweckverband war bereits am Montag vom Verwaltungsgericht Greifswald abgelehnt worden. Die daraufhin eingereichte Beschwerde scheiterte am Mittwoch vor dem Oberverwaltungsgericht der Hansestadt.

Baustart für 2008 geplant

Der dänische Energiekonzern Dong Energy will im ostvorpommerschen Lubmin bei Greifswald bis 2012 ein Kraftwerk mit einer elektrischen Leistung von 1.600 Megawatt errichten. Vor zwei Monaten hatte das Unternehmen die Projektunterlagen zur Genehmigung eingereicht. Der Baustart ist für 2008 geplant.

Quelle: NDR

Mehr Infos unter: <http://blog.ruegen-katalog.de/>

Dong Energy will Vorwürfe klären

Ermittlungen: Der Konzern steht wegen angeblicher Bestechung des Lubminer Bürgermeisters unter Druck.

Stralsund/Lubmin (dpa).[7.12.2007] Nach der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen versuchter Bestechung gegen den dänischen Energiekonzern Dong Energy durch die Staatsanwaltschaft Stralsund hat das Unternehmen eine interne Untersuchung angekündigt. Diese werde in Gang gesetzt, um die Vorwürfe "schleunigst" zu klären, sagte gestern Konzernchef Andreas Eldrup. Dong Energy plant, in Lubmin bei Greifswald ein Steinkohlekraftwerk zu errichten. Konkret wird untersucht, ob ein Vertreter des Konzerns dem Lubminer Bürgermeister Klaus Kühnemann (Wählergemeinschaft) Geld angeboten habe. Kühnemann sagte, ein Mitarbeiter von Dong Energy habe am Rande einer 2. November dieses Jahres in Wolgast auf die leeren Gemeindegassen Lubmins hingewiesen und erklärte, dass man Abhilfe schaffen könne. "Hinterher ist es ein Dankeschön, vorher ist es Bestechung", meinte Kühnemann. Die Staatsanwaltschaft will den Bürgermeister, der als konsequenter Gegner des Kraftwerksprojekts gilt, sowie weitere Teilnehmer der Gesprächsrunde als Zeugen vernehmen. Für die Staatsanwaltschaft ist besonders interessant, dass es sich bei Kühnemann um einen "amtlichen Entscheidungsträger" handelt. Dies sei qualitativ etwas anderes als Sponsorenleistungen an Sportvereine oder Schulen, sagte Lechte. Dong Energy hatte unter anderem einen Sportverein sowie ein Gymnasium finanziell unterstützt. Das Unternehmen war wegen des geplanten Steinkohlekraftwerkes in Lubmin auch im eigenen Land massiv in die Kritik geraten. Das Kraftwerk würde nach offiziellen dänischen Angaben einen jährlichen Ausstoß von zehn Millionen Tonnen CO₂ bedeuten. Dong Energy begründet seine Pläne unter anderem damit, dass das Kraftwerk wesentlich umweltschädlichere alte Anlagen ersetzen soll.

Nordkurier-Artikel vom 10.12.2007

Grüntöne am Steinkohlekraftwerk Lubmin empfohlen

Gutachten Wegen fehlender Negativprognosen sehen sich die Befürworter der Großinvestition bestätigt. Der Tourismusverband fordert eine genaue Überwachung.

Von Hartmut Zarnekow

Greifswald. Es ist wie so oft nach der Bekanntgabe von Gutachten: Befürworter der untersuchten Projekte sehen sich in der Regel bestätigt – Kritiker sprechen von unbeantworteten Fragen und wittern weiter Gefahren. Diesem Schicksal konnte auch das Gutachten der Rostocker und Lüneburger Universitätsprofessoren Martin Benkenstein und Edgar Kreilkamp zum geplanten Steinkohlekraftwerk in Lubmin (Ostvorpommern) am Wochenende nicht entkommen. Der Usedomer Tourismusverband verabschiedete am Sonnabend eine EntschlieÙung und verlangte vom Investor Dong Energy die genaueste Überwachung der Boddengewässer. Es dürfe zu keiner vermehrten Blaualgenbildung kommen. Landes-Wirtschaftsminister Jürgen Seidel (CDU), genau wie Regierungschef Harald Ringstorff (SPD) bekennender Verfechter des Kraftwerksbaus, forderte vor allem die Gemeinde Lubmin auf, die Vorschläge der Gutachter zu beachten und über eine „Neupositionierung“ nachzudenken.

Der Vorsitzende der Linksfraktion im Schweriner Landtag, Wolfgang Methling, sprach dagegen von einem „Gefälligkeitsgutachten“ und erneuerte seine Ablehnung des Projektes. Der FDP-Landesvorsitzende Christian Ahrendt sagte, die Auswirkungen des Kraftwerks auf den Tourismus seien geringer als von den Tourismusverbänden befürchtet. Die Liberalen

stunden hinter dem ambitionierten Kraftwerksprojekt von DONG Energy und den sich daraus ergebenden ökonomischen und ökologischen Chancen. Die Grünen betonen, das Kraftwerk würde den Ausbau der klimaschonenden Windenergie behindern. Für die anfallende Heizenergie würden im dünnbesiedelten Vorpommern schlicht die Abnehmer fehlen. Sie müsste in den Bodden abgeleitet werden mit „unkalkulierbaren Folgen“ für das Ökosystem.

Dong selbst fühlt sich durch das Gutachten bestätigt. „Selbstverständlich bekennen wir uns zudem zur genauesten Überwachung des Boddens“, sagte der Dong-Generalbevollmächtigte Albert Uwe Schön gestern unserer Zeitung. Die Einhaltung der Schornsteinhöhe von 110 Metern könnte höchstens zu einem Problem werden, wenn die Behörden nach Überprüfung der Unterlagen eine Aufstockung fordern würden. Aber da die bei ihren Berechnungen von einer absoluten Minimierungspflicht ausgehen müssen, dürfte damit kaum zu rechnen sein. „Ich glaube nicht, dass am Ende 130 oder 140 Meter herauskommen“, sagte Schön. Die beiden Gutachter unterdessen betonten, dass sie lediglich Auswirkungen des Kraftwerkes für den Tourismus auf Usedom, Rügen und Lubmin untersucht haben. „Für die engere Region um Lubmin bleibt festzuhalten, dass sich der Bau eines Steinkohlekraftwerkes möglicherweise negativ auf den Tourismus auswirkt“, heißt es unter anderem in der von Dong bezahlten Forschungsstudie, die vor allem auf vergleichende Analysen von Industrie- und Kraftwerksprojekten in Rostock, Wismar, Friesland, Dänemark und Schweden fußt. Für die Urlaubshochburgen auf Usedom und Rügen seien demnach so gut wie keine Nachteile zu erwarten (unsere Zeitung berichtete).

Allerdings schreiben die Autoren ebenfalls: „Allenfalls bei Urlaubern, für die das Naturerlebnis einen extrem hohen Stellenwert hat, könnten Effekte auftreten, die zu einem minimalen Sinken der Ankünfte und Übernachtungen führen würden.“ Zur Sichtbarkeit der Anlage gibt es in dem rund 30 000 Euro teuren Gutachten den Rat: Bauweise und Anstrich sollten sich der Landschaft anpassen. Grüntöne ähnlich wie bei der Volkswerft Stralsund böten sich an. Kein Seebad-Status sei in Gefahr. Die geplanten elf Kohlefrachter pro Woche zum Kraftwerk seien ebenfalls unproblematisch. Genau genommen würden doch Urlauber sogar Schiffe auf der Ostsee erwarten, sagte Benkenstein.

Was in Sachen Blaualgen möglicherweise zu erwarten ist, da halten sich die Gutachter bedeckt. Im Rahmen der Tourismusverträglichkeitsuntersuchung könne der Einfluss der Boddenerwärmung auf das Ökosystem nicht beurteilt werden. Hierzu müssten die gesondert von Dong Energy in Auftrag gegebenen Gutachten herangezogen werden. „Zweifelsohne kann jedoch festgehalten werden, dass ein beträchtlicher Anstieg der Blaualgen den Tourismus in der Region nachhaltig beeinflussen würde“, erklärten die Professoren.

mehr zum Gutachten: www.tviu.de/content/view/29/2/